



Zeitweises Stellnetzverbot – ein Licht am Horizont

Die Stellnetzfisherei steht seit langem unter öffentlichem Druck. Meeresvögel und Schweinswale verheddern sich in den Netzen und sterben. Um solche ungewollten Beifänge zu vermeiden und die Fischerei naturverträglicher zu gestalten, müssen Stellnetze so schnell wie möglich durch alternative Fangtechniken ersetzt werden – ein längst überfälliger Schritt, den Fischereiminister Habeck nun gehen will.

Seit Monaten findet deshalb ein Dialog zwischen Minister, Umweltorganisationen und Ostseefischern über Alternativen zur Stellnetzfisherei in der Ostsee statt. Während die Fischer technische Lösungen vorschlagen wie Stellnetze mit niedrigerer Höhe, plant der Minister eine zeitliche Befristung für die Stellnetzfisherei. Für einen Zeitraum von acht Monaten, vom 1.11. bis zum 31.3. sowie vom 15.6. bis zum 15.9. eines Jahres, sollen die Bereiche um die Geltinger Birk, am Ausgang der Kieler Förde (Stoller Grund und Kolberger Heide) und an der West- und Nordwestküste Fehmarns für die Stellnetzfisherei geschlossen werden. Andere Fangtechniken allerdings, also Alternativen zu den Stellnetzen, dürfen in den geplanten Sperrgebieten weiterhin eingesetzt werden.

Ein wissenschaftliches Beifang-Monitoring soll die Gebietssperrungen begleiten, um zu prüfen, ob sie einen relevanten Beitrag zum Schutz von Schweinswalen und von Meeressäugern leisten. Mit diesem Plan hofft Minister Habeck, eine Brücke zwischen Natur-

schutzorganisationen und Fischern zu schlagen. Einige Fischer ziehen mit, andere dagegen sehen die ausgestreckte Hand nicht.

Fischer aller Fischereisparten in Schleswig-Holstein und Niedersachsen haben sich nun in einer „Notgemeinschaft“ zusammen getan, um sich gegen eine ihrer Ansicht nach „überzogene grüne Naturschutzpolitik“ zu wehren. Dabei ist Deutschland im Zugzwang: Schweinswale gelten laut der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie als besonders geschützte Art. Ihr Bestand in der östlichen Ostsee steht mit nur noch 600 Tieren kurz vor dem Zusammenbruch. Auch die Wale der westlichen Ostsee brauchen dringend unsere Hilfe. Zugleich fordert die europäische Meeresschutzgesetzgebung, die Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie, indirekt den Schutz des Schweinswals.

Die Fischer werden also um Einschränkungen in der Stellnetzfisherei und eine Umstellung auf alternative Fangmethoden nicht herumkommen. Die Forderungen des BUND zum Schutz des kleinen Tümmlers und der Seevögel gehen allerdings weiter: Langfristig muss die Stellnetzfisherei komplett verboten werden. In einer Übergangsphase jedoch sollten den Fischern Anreize und Hilfen zur Umstellung über den EU-Meeres- und Fischereifonds angeboten werden.

Dr. Ina Walenda und Stefanie Sudhaus

Liebe Freundinnen und Freunde,

wohl kaum ein Minister zuvor hat soviel mit Umweltorganisationen und Fischern geredet und sich persönlich so intensiv vor Ort informiert und sich um Lösungen bemüht wie Robert Habeck. Artenschutz und Küstenfisherei sollen nebeneinander bestehen. Das kommt glaubwürdig rüber, das begrüße ich.

Der BUND nimmt auch die Existenzsorgen der Fischer ernst. Dennoch dürfen wir nicht die Augen verschließen, wenn es darum geht, Lösungen für artenschutzrechtliche Bestimmungen zu finden. Tote Schweinswale und Eiderenten, die in den Netzen qualvoll verenden, lassen sich nun mal nicht schönreden.

Dr. Claudia Bielfeldt

1. Vorsitzende des BUND Schleswig-Holstein



Umweltminister Habeck nach einem Jahr im Amt

BUND: *Naturschützer mutmaßen, das Herz des Ministers hänge mehr an der Energiewende und weniger am Naturschutz oder am Umbau der Landwirtschaft hin zu ökologischen verträglichen Strukturen?*

Robert Habeck: Echt? Woher kommt denn diese Mutmaßung? Sie übersieht vielleicht die Komplexität der Aufgabenstellungen. Wir müssen die Energiewende voran bringen, die Natur schützen und die Landwirtschaft Richtung Nachhaltigkeit umgestalten. Der Naturschutz hat einen festen Platz in meinem Herz und wir tun viel für einen besseren Standard. Bei der Planung und Genehmigung etwa von Windanlagen und Energiestrassen wird der Naturschutz sehr umfangreich berücksichtigt. Den ökologischen Landbau haben wir gestärkt und werden das weiter tun.

BUND: *Der Ausbau der Windenergie findet nicht nur Zustimmung: Oft werden die Windinteressen mehr berücksichtigt als der Naturschutz. Der neue Abstandserlass erspart den Windbetreibern Ausgleichszahlungen, die dem Naturschutz fehlen. Werden fachlich gebotene Mindestabstände wie beim Seeadlerschutz unterlaufen?*

Habeck: Fachlich gebotenen Mindestabständen von Windparks zu Vögeln wie etwa Seeadlern wird in den Regionalplänen zur Fortschreibung der Windeignungsgebiete mit einem artenschutzrechtlichen Vorbehalt Rechnung getragen. Der Vorbehalt kann nur aufgelöst werden, wenn durch ein sachgerechtes ornithologisch begründetes Untersuchungsprogramm nachgewiesen werden kann, dass das Risiko, dass Vögel mit Windanlagen kollidieren, nicht signifikant erhöht wird.

BUND: *Trotz guter Bürgerbeteiligung werden die Stromtrassen gebaut werden müssen. Wie kann verhindert werden, dass es zu einem Kompromiss zu Lasten des Naturschutzes kommt?*

Habeck: Bei der Planung der Stromtrassen werden die Naturschutzbelange umfassend abgearbeitet. Darauf achtet die Naturschutzverwaltung sehr. Im Übrigen werden die Naturschutzverbände umfassend beteiligt. Für den Bau der 380-kV-Leitung an der Westküste läuft außerdem zurzeit ein intensiver Dialog. Wir haben im April zusammen mit der Deutschen Umwelthilfe zehn Regionalveranstaltungen vor Ort durchgeführt, um zu erfahren, wo vor Ort die größten Bedenken bestehen. Dazu gibt es Fachgespräche mit den Trägern öffentlicher Belange. Wir nehmen uns viel Zeit, damit am Ende die bestmögliche Lösung herauskommt.

BUND: *Große Enttäuschung gibt es im BUND zum geplanten Knickschutz. Wir sehen die ökologischen Funktionen der Knicks damit nicht gesichert. Wir hatten zumindest mit einem Kompromiss gerechnet – so ein Rückschnitt im 45°-Winkel ab einem halben Meter Abstand zum Knickfuß und einen halben Meter als festen Saumstreifen. Doch jetzt ist ein inakzeptabler 70°-Winkel geplant. Hat Ihnen der Bauernverband auf dem Schoß gesessen?*

Habeck: Wohl kaum. Er ist in heller Empörung und wehrt sich energisch gegen den Erlass. Die vorgeschlagene Lösung entspricht von der Knickfläche dem von den Naturschutzverbänden geforderten Ein-Meter-Abstand ab Knickfuß – nur dass er verwaltungstechnisch leichter zu realisieren ist und den Knickwall auf Dauer schützt. Er ist der Ein-Meter-Lösung fachlich überlegen. Die Forderung, bei einem halben Meter Saumstreifen im 45 Gradwinkel zu schneiden, bedeutet in Wahrheit, den Knick nicht zu schneiden. Der Winkel läuft unter dem Knick hindurch. Ich akzeptiere, wenn der Naturschutz gar keinen Rückschnitt fordert, aber die Argumente sollten sauber sein. Wenn wir über Knickschnitt reden, dann ist die vorgeschlagene Lösung die beste.

BUND: *Vermaisung und Gülle empören nicht nur Naturschützer. Beratung, Gewässerrandstreifen und Agrarumweltmaßnahmen allein können da kaum gegensteuern. Sollen wir mit einer industrialisierten Landwirtschaft leben müssen?*

Habeck: Vermaisung und Gülle sind ja nicht das gleiche. Der Zuwachs



Zum Gespräch im Ministerbüro: Dr. Robert Habeck stellt sich den Fragen des BUND ...

von 100.000 Hektar Mais ist EEG-induziert. Beiden gemein ist, dass sie die Frage aufwerfen, wie viel Nutzung das Land eigentlich verträgt. Und man muss sehen, dass diese Frage in den letzten Jahren keine Rolle gespielt hat. Es gibt eine ganze Reihe von Initiativen, dem jetzt Rechnung zu tragen. Wir bringen in den Bundesrat eine Novellierung des Düngegesetzes ein und wir wollen das EEG ändern.

Allerdings verstehe ich nicht, was Sie gegen Gewässerrandstreifen haben. Aus den Auswertungen in der nach WRRL gefährdeten Gebietskulisse lassen sich erste Erfolge durch die dort tätige Gewässerschutzberatung belegen.

BUND: Die Jäger machen Druck, um eine Anpassung des antiquierten Jagdrechts zu verhindern. Werden Sie hier klare Kante zeigen?

Habeck: Seeadler und andere Wildtiere sterben an Bleivergiftungen. Das ist völlig unnötig, denn es gibt gute Alternativen zu bleihaltiger Büchsenmunition, die von vielen Jägern auch schon angewendet werden. Wir werden die bleifreie Büchsenmunition per Gesetz einführen. Ich rechne damit, dass der Landtag in Kürze einen entsprechenden Antrag auf den Weg bringt, ebenso wird die Landesjagdzeitenverordnung ökologisiert.

BUND: Die besten Gesetze und Verordnungen nützen nichts, wenn diese nicht beachtet werden. Sie sind als Fachaufsicht für die UNBs zuständig. Wie wollen Sie den Vollzug durchsetzen?

Habeck: Das MELUR führt fachaufsichtliche Gespräche und umfassende Prüfungen vor Ort zu unterschiedlichen Themen durch und unterstützt damit die Unteren Naturschutzbehörden in ihrer Tätigkeit.

BUND: A20, Fehmarnbeltquerung oder Elbquerung - soll Schleswig-Holstein zum Transitland ausgebaut werden?

Habeck: Keines dieser Projekte ist mein Herzenssthema, das ist kein Geheimnis. Wir werden darauf achten, dass bei all diesen Projekten der Schutz von Mensch und Natur angemessen berücksichtigt wird.

BUND: Aquakulturen haben eigentlich einen eher schlechten Ruf. Assoziiert werden sie gemeinhin mit Antibiotika-Missbrauch, Gewässerverschmutzung, Wildfisch-Ressourcenverschwendung und nicht tiergerechten Haltungsbedingungen. Warum will Schleswig-Holstein diese Technologie nun vorantreiben?

Habeck: Beides ist richtig. Ich bin mit großen Vorbehalten an die Sache rangegangen, sehe aber eine gute Chance für eine nachhaltige, ökologische Aquakultur. Denn die muss es sein, sonst brauchen wir sie nicht. Deutschland ist Fisch-Importland, rund 88 Prozent unseres Verbrauchs an Fischen und Meeresfrüchten stammen aus allen Teilen der Welt und erhebliche Anteile davon kommen aus Aquakulturen. Daher kann es keine Lösung sein, bei uns keinerlei Fischerzeugung zuzulassen und dafür Probleme in andere Teile der Welt mit weitaus schlechterem Umweltmanagement zu verlagern. Nachhaltiger ist eine regionale, umweltverträgliche Produktion mit Augenmaß.

Wir prüfen derzeit, wie eine solche Aquakultur aussehen könnte. Das geschieht im engen Dialog mit Fischerei- und Naturschutzverbänden sowie dem Tierschutzbeirat. Maßgebliche Nachhaltigkeitskriterien müssen berücksichtigt werden, der aktuelle Kriterienkatalog von Greenpeace International sowie Zertifizierungsunterlagen diverser Ökoverbände sind wirklich gute Leitlinien.

BUND: Welche Erfolge sollen am Ende der Amtszeit mit dem Namen Habeck verbunden sein?

Habeck: Das werden Sie am Ende eher beurteilen als ich. Aber es wäre schön, wenn die Dinge, die ich anpacke und die das Land besser machen, meine Amtszeit überdauern und nicht gleich wieder abgewickelt würden. Das wäre irgendwie auch nicht nachhaltig.

Das Interview führten:
Dr. Ina Walenda und Hans-Jörg Lüth



... und demonstriert auch seine Vorstellungen zur Breite des Knicksaumes.

BUND-Projekt schützt 120 alte Bäume

Unser Baumschutzprojekt ist nach über zwei Jahren Laufzeit zu Ende gegangen. Baumschutz ist auch im waldarmen Schleswig-Holstein längst nicht



Ehrung von Baumschützern im Kreis Schleswig-Flensburg: (v.l.) Dr. Dietmar Höhne (Niehuus), Nils Sönnichsen (BUND), Marre Becker (Sörup), Hans-Jürgen Reimer (Harislee), Siegfried Albert (Sörup), Fritz Laß (BUND), Britta Philipsen (Dollerup), Elke Petersen (BUND), Martina Cofahl (Gamellund), Dr. Günther und Ingrid Dahl (Sörup), Wilfried Cofahl (Gamellund), Ilse Beeck (Jübek) und Birte Pankau (BUND-Projekt Koordinatorin)



v.l.: Hans-Jörg Lüth (BUND-Landesvorstand), Gabriele Hauser, Donald Möller-Bernhard und Birte Pankau (BUND-Projekt Koordinatorin) vor der gesicherten Trauerweide in Fuhlendorf

mehr selbstverständlich. Ein Großteil aller Bäume fällt durch übertriebene Ordnungsliebe, Vorurteile und Baumaßnahmen, insbesondere aber durch hohe Holzpreise, vorzeitig der Säge zum Opfer.

Das Projekt-Ziel, mindestens 100 Bäume bis zu ihrem natürlichen Absterben zu erhalten, wurde erreicht. Es wurde sogar übertroffen – etwa 120 Bäume sind von deren Eigentümern und dem BUND unter Schutz gestellt worden. Etliche Bäume, die ansonsten aus ökonomischen Gründen vorzeitig gefällt worden wären, dürfen nun eines natürlichen Alterstodes sterben. Sie bleiben als einzigartiger Lebensraum für zahlreiche bedrohte Arten wie Käfer oder Pilze weiterhin erhalten.

Projekt-Höhepunkte waren sechs Presseaktionen. Dabei wurden die Baum-Eigentümer und Eigentümerinnen der gesicherten Bäume für ihr Engagement mit einer Urkunde geehrt. Ein Baum pro Kreisgebiet wurde beispielhaft mit der BUND-Schutzplakette versehen. Solche Baumschutzaktionen fanden in den Kreisen Dithmarschen, Plön, Rendsburg-Eckernförde, Schleswig-Flensburg und Segeberg statt. Weitere unter Schutz gestellte Einzelbäume befinden sich in den Kreisen Ostholstein und Steinburg sowie in den kreisfreien Städten Kiel und Neumünster.

In Fuhlendorf (Kreis Segeberg) wurden zwei Bäume als „beschränkte persönliche Dienstbarkeit“ sogar ins Grundbuch der Baumeigentümer eingetragen. Ihr Eigentümer Donald Möller-Bernhard unterzeichnete einen Nutzungsvertrag, der besagt, dass die Bäume mit einem Stammumfang von jeweils etwa 250 Zentimetern in den nächsten 20 Jahren nicht gefällt oder beschädigt werden dürfen. Sie sollen sich ungestört bis zu ihrem natürlichen Lebensende entwickeln können, sofern die Verkehrssicherheit gewährleistet bleibt.

Die während des Projektes unter Schutz gestellten Bäume sind schätzungsweise zwischen 50 und 300 Jahre alt. Der umfangstärkste Baum ist mit 700 Zentimetern (in einem Meter Höhe) eine Rotbuche im Kreis Schleswig-Flensburg. Die am häufigsten gesicherten Baumarten waren Eiche, Linde und Rotbuche. Sie stehen symbolisch für alle Bäume im waldarmen Schleswig-Holstein, die als Lebensraum und landschaftsprägende Elemente für die Natur erhalten werden müssen.

Durch Aktionen zur Unterschutzstellung der überwiegend heimischen Bäume konnte die Öffentlichkeit wirkungsvoll auf die Notwendigkeit zum Schutz alter Bäume aufmerksam gemacht werden. Unsere Infomaterialien, wie Faltblätter, Broschüren, Internetpräsentation und Ausstellungen, stehen Interessierten auch nach dem Projektende weiter zur Verfügung.

Birte Pankau

Der Änderungs-Entwurf der Biotopschutz-Verordnung wird vom BUND grundsätzlich begrüßt. Geplant sind ein unbeackertes „Saumstreifen“ von 50 Zentimetern beiderseits des Knickwalls, eine Begrenzung des seitlichen Beschneidens der Knickgehölze (Aufputzen) auf etwa 70 Grad nach außen – ausgehend vom Rand des Saumstreifens sowie ein Beseitigungsverbot von „landschaftsprägenden“ Überhältern.

Die wichtigsten Bestimmungen, mit denen die Landesregierung die Koalitionsvereinbarungen für einen besseren Schutz des zirka 45.000 Kilometer langen Knicknetzes Schleswig-Holsteins umsetzen will, sind jedoch nicht weitreichend genug. Die Einführung des Saumstreifens und die Bestimmungen zum zulässigen Knick-Aufputzen wertet der BUND als deutlichen Fortschritt, obwohl das Umweltministerium vom ursprünglich geplanten und vom BUND geforderten Ein-Meter-Abstand vom Knickfuß wieder zurück geschreckt ist. Er wäre jedoch zur vollen Sicherung der ökologischen Knickfunktionen geboten.

Das Ministerium ist leider den Wünschen des Bauernverbandes großzügig entgegen gekommen. Trotzdem erhebt dieser mit Unterstützung der CDU nun lautes Protestgeschrei. „Massiver Eingriff in das Eigentum der Landwirte“ heißt es in einer Unterschriftenaktion, mit der die Bauern gegen die Pläne protestieren sollen. Die CDU versteigt sich gar zu der Behauptung: „Die Verwirklichung der Regierungspläne würden den Landwirten entschädigungslos 13.600 Hektar Nutzfläche rauben“.

Eine absurde Größe, denn mit ihr könnte man 136.000 Kilometer Knicks beidseitig mit dem geplanten 50 Zentimeter-Schutzstreifen versehen. Es gibt im Lande jedoch nur zwischen 45.000 bis 65.000 Kilometer, wobei ein Großteil wegen seiner Lage an Wegen und Straßen nur einen einseitigen zusätzlichen Saumstreifen erhalten würde. Knicks im Grünland wären zudem gar nicht betroffen. Tatsächlich dürfte es sich um deutlich weniger als 4.000 Hektar handeln, die nicht mehr beackert werden dürften. Doch selbst diese Zahl ist zu relativieren.

Wegen der Beschattung sind die landwirtschaftlichen Erträge im geplanten Saumstreifen deutlich verringert, während die Kosten für das erforderliche Knick-Aufputzen nicht selten höher als die Erträge liegen – mit anderen Worten: Die Beackerung des Saumstreifens lohnt sich für die Bauern eigentlich kaum. Für den Verzicht würde es auch keinen Abzug bei den Flächen-Subventionen geben, aber eine Anrechnung bei den erwarteten „Greening“-Vorschriften der EU.

Für die Landesregierung gibt es keinen vernünftigen Grund vor dem Protestgeschrei des Bauernverbandes weiter zurück zu weichen, wohl aber den Verordnungsentwurf in mehreren Punkten zu verbessern. Denn er enthält Schwachstellen und Lücken, die geeignet sind, den gesetzlich vorgegeben nachhaltigen Schutz des

Knicknetzes mit seinen Wohlfahrtsfunktionen für Bevölkerung und Natur zu gefährden. Neben der bereits genannten Verbreiterung des randlichen Schutzstreifens auf einen Meter sind es vor allem: Eindeutigere und schärfere Bestimmungen zum Erhalt der Knickbäume (Überhälter), ein Verbot des Mähens und Mulchens der Knickwall-Flanken, klare und sanktionsbewährte Vorgaben zur Vermeidung von direkten und schleichenden Schäden der Knickgehölze durch den Einsatz von Knickscheren (Maschinelles Knicken) und höhere Anforderungen für Zulassung und Ausgleich von Knickbeseitigungen und -versetzungen.

Entscheidend für eine bessere Zukunft des Knicknetzes wird die Umsetzung der verschärften Schutzbestimmungen in die Praxis sein. Bereits die laschen, derzeit noch geltenden Bestimmungen von Schwarz-Gelb wurden mangels hinreichender Kontrolle in erschreckendem Umfang von den Knickbesitzern missachtet – wie der BUND über eigene Untersuchungen im Raum Lübeck vor zwei Jahren exemplarisch belegen konnte. Fast 40 Prozent von 90 Kilometern untersuchten Knicks waren durch unzulässiges Aufputzen im Knickwallbereich in einem desolaten Pflegezustand, nur circa 10 Prozent in einem guten.

Es wird also darauf ankommen, dass die zuständigen Unteren Naturschutzbehörden sowohl zu einer systematischen Einhaltungskontrolle und Ahndung von Verstößen verpflichtet werden, als auch in die Lage versetzt werden, diese zusätzliche Arbeit personell leisten zu können. Hier liegt gegenwärtig vieles im Argen. Der BUND wird dafür kämpfen, dass die geplanten Knickschutzbestimmungen noch besser werden und in der nachfolgenden Anwendung nicht zu einem „Papiertiger“ verkommen.

Reinhard Degener
Landesarbeitskreis Naturschutz



Ein vorschriftsmäßiger Knick mit dem geplanten Saumstreifen von 50 Zentimetern

BUND-Aktive treffen Bundespräsident Joachim Gauck

Der Antrittsbesuch des Bundespräsidenten Joachim Gauck in Schleswig-Holstein fand einen außerordentlich stimmungsvollen Abschluss in der Reithalle zu Schloss Gottorf.

Auf Einladung von Ministerpräsident Torsten



Franziska Baden-Böhm (1.von links), Hannah Sliwka (2. von links) und Simon Brölz (rechts außen) vom BUND-Landesverband treffen Bundespräsident Joachim Gauck (Mitte) auf Schloss Gottorf

Albig waren unter den 150 Gästen auch zahlreiche jüngere Ehrenamtliche. Wir, Franziska Baden-Böhm, Hannah Sliwka und Simon Brölz vom BUND-Landesverband, nutzten die Gelegenheit, den Bundespräsidenten persönlich kennen zu lernen.

Nach den Reden des Landtagspräsidenten Klaus Schlie, des Ministerpräsidenten Torsten Albig und des Bundespräsidenten machten wir in überraschend lockerer Atmosphäre Bekanntschaft mit „unserem“ Bundespräsidenten. „Diese Menschen, die mag ich“, sagte Gauck über die engagierten Bürgerinnen und Bürger. „Ich bin jetzt hier zum Anfassen – und zum Anstoßen“.

Nachdem Gauck in seiner Rede die gute Zusammenarbeit der Nachbarländer Schleswig-Holstein und Dänemark gelobt hatte, ließen wir es uns nicht nehmen, ihm und seiner Lebensgefährtin Daniela Schadt einen kleinen Einblick in unsere eigene deutsch-dänische Zusammenarbeit beim Meeresschutz zu geben, so in unserem über INTERREG und von BINGO-LOTTO geförderten Projekt UNDINE (UNDERwater Discovery and Nature Experience).

Auch Frau Schadt begrüßte diese länderübergreifenden BUND-Aktivitäten. Zusätzlich sprach sie sich für einen umweltverträglichen Tourismus in der Ostseeregion aus. Sie selbst verbringe hier gern ihre Urlaube.

Franziska Baden-Böhm und Hannah Sliwka

Ländliche Zukunft nachhaltig mitgestalten



Beeindruckt zeigte sich Dr. Ralf Stegner, SPD (rechts), über die ungewöhnliche Kombination sozialer, ökologischer und ökonomischer Aspekte – ein Leuchtturmprojekt für die Bildungsarbeit. Mitte: Dorothee Hunfeld und links: Rolf Martens

Das haben sich die Stiftung Mensch in Meldorf und der BUND vorgenommen – und handeln. Am Standort Meldorf, Kreis Dithmarschen, entsteht in gemeinsamer Regie ein Lern- und Bildungsort für Nachhaltigkeit. Dahingehend wird das heutige Landwirtschaftsmuseum weiter entwickelt und bekommt ein neues Konzept.

Dieses soll für Touristen, Einheimische sowie Schulklassen attraktiv sein und als innovative Schnittstelle etwa zum Ehrenamt und zur Vereinsarbeit motivieren. Inklusion und Arbeitsgelegenheiten für Menschen mit Handicap, auch zugunsten von Übergängen auf den allgemeinen Arbeitsmarkt erfüllen ein weiteres wichtiges Ziel.

„Forum Nachhaltigkeit“ – so lautet der passende Name des gemeinsamen Konzepts von Rolf Martens, Vorstandsmitglied des BUND Schleswig-Holstein, und Dorothee Hunfeld, Vorstand der Stiftung Mensch.

Rolf Martens
Landesvorstand

BUND bietet Beratung für Gartenfreunde an

„Was ich schon immer mal fragen wollte...“ – immer wieder und zu jeder Jahreszeit stellen sich für den Gartenfreund Fragen, so zur standortgerechten Bepflanzung und der richtigen Sortenwahl, aber auch zum Pflanzenschutz im Zier- und Nutzgarten ohne Gifteinsatz. Insbesondere eine Gartenumgestaltung hin zum naturnahen Garten wirft vielfach praktische Fragen auf.

Von Mai bis September steht Dieter Gruhl, gelernter Gärtnermeister, BUND-Mitgliedern gern telefonisch zur Verfügung. „Vor-Ort-Beratungen“ werden leider nicht möglich sein.

Sie erreichen Dieter Gruhl **dienstags und donnerstags von 9.00 bis 12.00 Uhr** unter **0431/ 660 60-31** in der Landesgeschäftsstelle.



Brokdorf abschalten – sofort!

(iw) Eigentlich war für diesen Tag die Landesdelegiertenversammlung des BUND geplant, aber die Teilnahme am Anti-Atomaktionstag hatte Vorrang. Zum 27. Jahrestages der Katastrophe von Tschernobyl und zwei Jahre nach Fukushima traf sich die Anti-Atombewegung in Brokdorf. Bei herrlicher Sonne bot eine bunte Kultur- und Veranstaltungsmeile neben Informationen viele Mitmachaktionen; Kleinkunstdarsteller demonstrierten fantasievoll gegen die Atomkraft.

Der BUND war deutlich präsent und wesentlich an der Vorbereitung beteiligt. Hans-Jörg Lüth vom Landesvorstand mahnte als Abschlussredner, die Energiewende nicht von Politikern und der Atomwirtschaft blockieren zu lassen. Man müsse Druck machen – für atomfreien Strom, die energetische Gebäudesanierung und den Ausbau regenerativer Energien. Es sei ein Skandal, dass viele öffentliche Gebäude wie Schulen oder Sporthallen verrotten und Energieverschwender seien. Er rief dazu auf, die Energiewende vor Ort zu einem Thema der Kommunalwahl am 26. Mai 2013 zu machen.



Der Jahrestag von Tschernobyl lockte zahlreiche Demonstranten nach Brokdorf. Unter den Rednern war auch der stellv. Landesvorsitzende Hans-Jörg Lüth (r. u.)

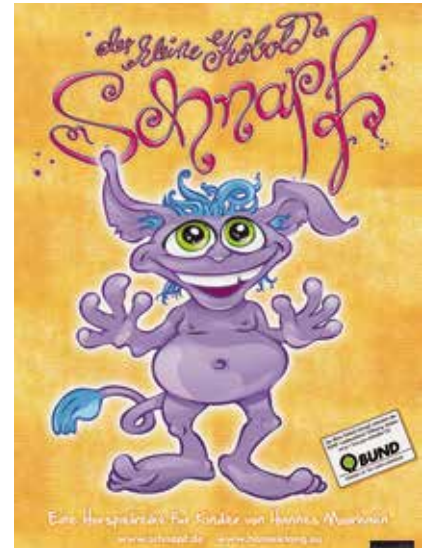


Ein kleiner Kobold unterstützt den BUND

(iw) Der kleine Kobold Schnapf hat das Licht der Welt erblickt und mit dem BUND Kontakt aufgenommen. Ab sofort unterstützt er mit einem Euro pro verkaufter CD mit seinen Erlebnissen unsere Arbeit. Für's Erste wurden 500 Exemplare produziert. Auf der CD „Der kleine Kobold Schnapf“ befinden sich Hörspiele für Kinder im Alter von vier bis neun Jahren. Der lilafarbene Kobold macht auf kindgerechte Weise auf Umweltprobleme aufmerksam.

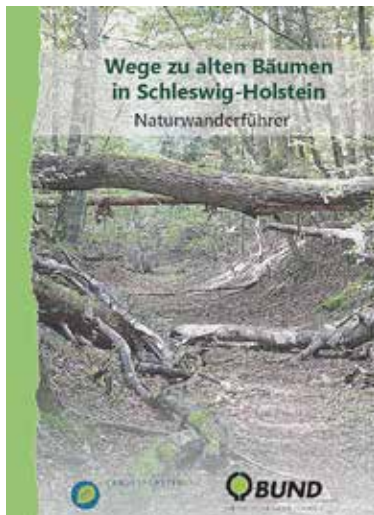
Um den Bekanntheitsgrad des Koboldes zu steigern, lässt ihn das Studio „Kino am Kieler Dreiecksplatz“ als Hintergrundmusik auf den Toiletten laufen. Zudem hat er einen Platz in der Kieler Bücherei Zapata gefunden. Er ist über den Kieler Weltladen und über die BUND-Landesgeschäftsstelle zu erwerben. Dafür bedanken wir uns bei Kathrin Arnold vom Hörbuchverlag Hanseklang in Kiel.

Die Idee für die CD und deren Produktion erfolgten nicht kommerziell. Weitere Informationen sowie die CD für etwa 10 Euro erhält man bei Kathrin Arnold, Julienluster Weg 35a in 24109 Kiel, Tel. 0431-240 47 11 oder per E-Mail unter kathrinarnold@hanseklang.eu.



Der kleine Kobold Schnapf

Wanderbroschüre zu alten Bäumen



Titelblatt der neuen Wanderbroschüre

Eine neue BUND-Broschüre „Wege zu alten Bäumen in Schleswig-Holstein – Naturwanderführer“ stellt 22 Wanderrouten zu alten Waldbeständen, Alleen oder besonderen Einzelbäumen in Schleswig-Holstein vor. Die Broschüre informiert über die besondere Bedeutung alter Bäume und regt an, mit offenen Augen durch die Natur zu gehen. Denn die Schönheit und Vielfalt von alten Bäumen und Totholz im Wald und in der freien Landschaft gilt es zu entdecken, zu genießen und zu erhalten.

Die Schleswig-Holsteinischen Landesforsten konnten als Kooperationspartner des Naturwanderführers gewonnen werden. Neben einigen Förstern der Landesforsten beteiligten sich BUND-Aktive sowie der Verein für Dithmarscher Landeskunde (VDL) und der Steinzeitpark Albersdorf (Archäologisch-Ökologisches Zentrum Albersdorf/ AÖZA) mit Routenvorschlägen und der Bereitstellung von Fotos.

Die 68-seitige Broschüre ist kostenlos (zuzüglich Porto und Verpackung) in der BUND-Landesgeschäftsstelle oder bei den Schleswig-Holsteinischen Landesforsten erhältlich.

Birte Pankau

IMPRESSUM

Herausgeber:

BUND Schleswig-Holstein e. V.
Lerchenstraße 22, 24103 Kiel
Landesgeschäftsstelle

Telefon: 0431/ 66060-0
E-Mail: bund-sh@bund-sh.de

Redaktion: Dr. Ina Walenda (iw)

Layout: Klaus Georg

Auflage: 8.000

Spendenkonto:

Förde Sparkasse
BLZ 210 501 70
Konto: 92 006 006

Redaktionsschluss für die August-Ausgabe: Montag, dem 1. Juli 2013

Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzung und journalistische Bearbeitung sämtlicher Beiträge vor. Beiträge nach Absprache bitte an ina.walenda@bund-sh.de.